

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibensstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließlich des Quartals-Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

In Halle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Vorkommnisse bis Widerruf der Zeitung, bei Fortfall oder bei Beschränkungen der Zeitung — hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibensstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterkühengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibensstock.

66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Wg. Im Reklameteil die Zeile 50 Wg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Preis pro Nummer Nr. 110.

Nr. 89.

Donnerstag, den 17. April

1919.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 245 für den Stadtbezirk, betreffend die Firma **Christian F. Ficker in Eibensstock**, eingetragen worden, daß dem Kaufmann **Alfred Hermann Heinrich Sohl in Eibensstock Procura** erteilt ist.

Eibensstock, den 15. April 1919.

Das Amtsgericht.

Der staatliche Kraftwagenverkehr bis Eibensstock ist wieder aufgenommen worden. Früher war leider zu beobachten, daß Kinder nach den in Fahrt befindlichen Wagen Steine und dergl. warfen. Dadurch konnten Fahrgäste gefährdet und die Wagen beschädigt werden. Wir warnen ersichtlich vor solchem Unfuge und fordern alle Erziehungspflichtigen eindringlich auf, ihre Pflegebefohlenen in diesem Sinne zu belehren.

Eibensstock, den 15. April 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Verkauf von Fleischkonserven

In der Verkaufsstelle Bergstraße 7. Haushaltungen bis zu 5 Personen erhalten 1 Pfund-Dose, über 5 Personen 2 Pfund-Dosen. Der Preis für 1 Dose beträgt 5,80 M. Die Fleischmarkenliste ist an der Verkaufsstelle vorzulegen. Beliefert werden **Donnerstag, den 17. ds. Mts., von nachm. 2 Uhr** ab Inhaber der Ausweishefte 1—500, **Donnerstag, den 19. ds. Mts., vorm. Nr. 501—1400, nachm. 1401—Ende.**

Eibensstock, den 16. April 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Verkauf von gelben Kohlrüben

Donnerstag, den 17. ds. Mts., von früh 8 Uhr an im Keller innere Muerbacher Straße 1.

Eibensstock, den 16. April 1919.

Der Stadtrat.

Die deutschen Arbeiterfamilien.

Nach den Vorgängen in München, Braunschweig, Magdeburg usw. allein kann man die Stimmung in der deutschen Arbeiterfamilie nicht beurteilen und noch weniger diejenige in ihrer Familie. Es haben radikale Redner und Agitatoren ihre Kundgebungen veranstaltet, aber unter ihren Wängern, die mit Gewalt zu verwirklichen bestrebt waren, was ihre Anführer verkündet hatten, waren nur Bruchteile ernste und besonnene wertvolle Männer, wirkliche Arbeiter. Die politische Agitation ist in den verflochtenen Monaten auch ein Mittel geworden, das seinen Mann währt, zu dem aber nicht jedermann Lust hat, und das er auch nicht für nötig hält. So sind die letzten Revolutionsakte keine eigentlichen Willensäußerungen von Arbeitern mehr, sondern von politischen Phantasten ohne Gewissen, die sich Proletarier nennen.

Auch bei den letzten Gewalttätigkeiten sind die zielbewußten deutschen Arbeiter, die unsere Industrie als Arbeitnehmer vor dem Kriege so hervorragend vertreten haben, nicht überall so in den Vordergrund getreten, wie behauptet wird. Die jüngere Generation hat sich in der Streikfront breit gemacht. In vielen, fast in allen Orten, die entfernt vom Brennpunkt des politischen Kampfes lagen, haben sich die ruhigen Arbeiter den Anforderungen zu streiks gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Selbst bei den letzten Vorgängen in Rheinland und in Westfalen war die Streiklust groß. Seitdem infolge der heimlichen Uebermacht und der Ernährungs-schwierigkeiten die Waffenruhe eintrat, und damit zugleich die Ausrufung der Republik, haben die Arbeiter viel mehr, als sie oft für möglich gehalten hatten, erreicht, und viele haben keine größeren Wünsche, als die gesicherte Existenz im Interesse ihrer Familie zu erhalten.

Ihre Familie steht bei den allermeisten deutschen Arbeitern heute der Erörterung von aussichtslosen politischen Zukunftsplänen vor. Sie wollen vom Leben etwas mehr haben als fortwährend: Unruhe, Aufregung, Arbeitsunsicherheit und Streikschwierigkeiten. Was nützt der hohe Lohn, wenn man sich nichts dafür gönnen kann? Die Sorge wegen der Lebensmittelsbeschaffung sind für die Arbeiterfamilie gerade groß genug. Der Abbau der Preise, der der Mehrheit wichtiger ist, wie überhohe Löhne, weiß davon die rechte Ernährung abhängt, hat noch nicht begonnen, und doch ist das eine Angelegenheit, die wichtiger ist als das übertriebene Sozialisieren. Jedemfalls dankt die Arbeiterfamilie dafür, daß zu diesen Sorgen noch eine solche um die heilen Tüchlein ihres Mannes und ihrer Kinder kommt. Sie will Ruhe und Frieden, für die sich auch die Arbeitermehrheit bei allen Wahlen ausgesprochen hat.

Ueber die eingerissene Verwilderung schütten die wirklichen Arbeiterfamilien gerade so gut die Köpfe, wie andere Kreise. Langsingereten, Schieberien und dergleichen ist ihnen genau so verhaßt, wie allen anderen ehrlichen Leuten. Freie Wahl allen Tüchtigen! Diese Parole ist ausgegeben, aber sie kann doch zum Besten der Arbeiterfamilie nur verwirklicht werden, wenn Ruhe und Ordnung herrscht. Denn es ist den Eltern in der Arbeiterbevölkerung, die es gut mit ihren Kindern meinen, doch vor allem daran gelegen, daß Söhne und Töchter sich den Pflichten erlernen, zu welchem sie die Fähigkeiten haben. So erklärt sich aus mehr als einem

Grunde die wachsende Abneigung von Tausenden von Arbeitern gegen Ausstände und Terrorismus, denn sie wissen, daß die dadurch am schwersten geschädigten Personen ihre eigenen Familien sind. Gewissenlose Revolutionschmarozker kümmern sich darum nicht. Die Arbeiterstimmung wird ihnen aber doch das Handwerk legen, das gemeingefährlich wird. Das Flugfeuer der Aufregung ist von den großen Städten her in die Provinz gekommen. Aber aus der letzteren erklingt jetzt der Ruf nach Ruhe und findet auch an den Zentralplätzen starken Widerhall. Denn überall handelt es sich um die Zukunft der Arbeiterfamilien!

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Heftiger Rückgang der deutschen Lage. Der Staatssekretär Helfferich hat sich zu dem Berliner Vertreter des neuen „Wiener Tagblattes“ über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage und die Frage der Kriegsschadensabfertigung u. a. folgendermaßen geäußert: Die Forderungen der Entente sind heller Wahnsinn. Wir sind schlechterdings nicht in der Lage, größere Summen oder Werte als Entschädigungen an das Ausland abzuführen. Von uns selbst von mir vor dem Kriege auf 20 Milliarden geschätzten Besitz an Auslandswerten sind nicht weniger als vier Fünftel durch unsere Kriegseinfuhr aufgezehrt. Dazu kommt die Entwertung unseres überseeischen Besitzes durch den Handelskrieg der Entente. Wir sind also durch den Krieg aus einem Gläubigerland ein Schuldnerland geworden. Zur Wiederherstellung unserer Güterverzehrung, in Deutschland sind wir zudem auf ausländischen Kredit angewiesen. Wovon sollten wir also die enorme Entschädigung bezahlen? Es ist eine Unmöglichkeit, daß ein Volk auch nur ein Fünftel seines Volkvermögens einem fremden Volke überträgt. Das hat es in der ganzen Geschichte noch nicht gegeben. Die 5 Milliarden Francs, welche Frankreich 1871 auferlegt worden sind, haben nur 2% Prozent des damaligen französischen Volkvermögens ausgemacht. Heute aber Deutschland alle Entschädigungen des Weltkrieges auferlegen, heißt nichts anderes, als die Deutschen zu Arbeitsklaven für die westlichen Völker zu machen. Wir können nur mit Waren zahlen, aber es wird uns schon sehr schwer fallen, im Laufe der Jahre wieder dahin zu kommen, daß wir nur unsere unentbehrliche Einfuhr und die Zölle für die Auslandsverschuldung mit der industriellen Arbeit unserer Bevölkerung bezahlen können.

— Auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Jena unter Vorsitz des Abg. Dr. Kahl stattfand, referierte Abg. Dr. Stresemann über die politische Lage. Er führte u. a. aus: Es ist eine Lüge, zu sagen, die Revolution habe das absolute System in Deutschland gestürzt. Als sie kam, war Deutschland ein Land, in dem die Monarchie auf demselben Boden stand wie in England. Wenn die Demokratie am 9. November feiert, so feiern sie den Tag, an dem ihr politisches Ideal in Trümmer gezeugen ist. Die Frage, ob Republik oder Monarchie, ist eine Frage des Bewußtseins und Gefühls. Ich bekenne mich zu der Auffassung, daß sowohl vom Standpunkte des Bewußtseins als wie des Gefühls für unsere deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gebotene war und das Geeignete ist. Bedeutet das

min, daß wir uns zu Trägern einer gegenrevolutionären Bewegung machen? Nein, das bedeutet es nicht, denn dieser Krieg könnte nur durch einen Bürgerkrieg hindurchgehen, und da muß uns doch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit höher stehen. Dr. Stresemann kennzeichnet sodann die sittlichen Zusammenbruch in Deutschland, der sich in den furchtbaren Folgen für unsere Wirtschaft und für die Ernährung äußere. Die Sozialdemokratie habe alle Erwartungen enttäuscht. Redner trat sodann gegen die Sozialisierung und für die freie Wirtschaft ein. Doch sei der Staat an dem Ertrage der Unternehmungen dauernd zu beteiligen. Durch die Arbeitsgemeinschaft zwischen der Industrie und den Gewerkschaftsverbänden könnte ein Parlament der schaffenden Arbeit entstehen, das einen Zentralarbeitsrat unmöglich mache. Die Reichseinheit müsse gewahrt, der Bestand Preußens dürfe nicht angetastet werden.

— Einen deutschen Napoleon gibt es nicht. Der Verfassungsausschuß in Weimar hat beschlossen, daß in den ersten 15 Jahren kein Mitglied eines ehemaligen deutschen Fürstenhauses zum Reichspräsidenten soll gewählt werden können. Ob diese Möglichkeit überhaupt jemals eintreten wird, kann natürlich heute niemand sagen, aber so viel ist wohl sicher, daß es unangebracht ist, an das Beispiel des letzten französischen Kaisers Napoleon zu denken, der 1841 als Prinz Louis Napoleon zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde und 1851 durch einen Staatsstreich das Kaiserreich einführte. Staatsstreichsmänner, die eibüchrig wurden, haben wir unter den deutschen Fürsten nicht, und auch Wilhelm II. hat vor seiner Flucht nach Holland am 9. November 1918 in der letzten Konferenz im Großen Hauptquartier erklärt, daß er unter keinen Umständen einen Bürgerkrieg in Deutschland herbeiführen werde. Durch seine spätere Abdankung hat der Kaiser diesen Willen bekräftigt.

— Zum Durchzug der Hallerischen Divisionen. Beim deutschen Volktrat in Lissa ist, wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, folgendes Telegramm vom General von Hammerstein eingetroffen: Seitens der Entente ist volle Garantie gegeben, daß die Hallerischen Divisionen nicht innerhalb der Reichsgrenze von 1914, sondern nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von Deutschland geräumten, ehemals russischen Gebieten verwendet werden. Schärfste Manneszucht der Truppen, Unterlassung aller nationalistischen Kundgebungen sind in jeder Beziehung gewährleistet. Die Transporte werden von besonders ausgewählten Begleitoffizieren der Entente begleitet werden, die für die Durchführung der Vereinbarungen verantwortlich sind und mit den deutschen Bahnhofs-kommandanturen zusammenarbeiten.

— Ein unerhörter Volksbetrug. Die Bayerische Verwertungsstelle für Heeresgut hat endlich bei der Wirtschaftskommission die Herausgabe aller vorhandenen Rauchwarenbestände der Heeresverwaltung erwirkt. Bei der Aufnahme der Rauchwarenbestände in München mußte die ebenso überraschende wie betäubende Tatsache festgestellt werden, daß die von den Intendanturen vorgelegten Bestandslisten nicht annähernd dem wirklichen Bestand entsprachen. Sehr auffallend ist es, daß im Haderbräu-Walzhaus, in dem nach den Feststellungen des Kriegswucheramtes noch im Januar 2,5 Millionen Zigaretten und etwa 4 Millionen Stück Zigaretten lagerten, keine einzige Zigarette und